Gemeinde Wenden





Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2027 ·

11. November 2026

– Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,

heute bringen wir den Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2027 in die Beratungen ein. Sie finden ihn wie gewohnt im Ratsinformationssystem und auf unserer Homepage – auch in einer interaktiven Darstellung, die die Zahlen anschaulich macht.

Ein Haushaltsplan ist zunächst einmal ein umfangreiches Zahlenwerk. Aber hinter diesen Zahlen steht das, was unsere Gemeinde ausmacht: unsere Schulen, die Feuerwehr, unsere Straßen und Wege, die Arbeit der Vereine, das Ehrenamt und die Menschen, die hier leben und arbeiten.

Deshalb sprechen wir heute nicht nur über Euro und Hebesätze. Wir sprechen über die Frage: Wie bewahren wir die Handlungsfähigkeit der Gemeinde Wenden – heute und für die nächsten Generationen?

Ich will es gleich zu Beginn sagen: Dieser Haushalt ist einer der schwierigsten, die wir jemals beschlossen haben. Die finanzielle Wirklichkeit zwingt uns zu Entscheidungen, die uns allen schwerfallen.

Im Wendener Land wurde über viele Jahre und Jahrzehnte solide gewirtschaftet. Gemeinsam haben Rat und Verwaltung vorsichtig geplant, Prioritäten gesetzt und Rücklagen aufgebaut. Dass wir lange eine vergleichsweise gute Ausgangslage hatten, war kein Zufall. Es war das Ergebnis vernünftiger Entscheidungen – und einer starken heimischen Wirtschaft sowie von engagiertem Ehrenamt.

Doch auch eine gut geführte Gemeinde kann sich der Entwicklung in Deutschland und Nordrhein-Westfalen nicht entziehen. Die kommunalen Haushalte stehen unter enormem Druck. Nach der im Haushaltsentwurf angeführten Umfrage des Städte- und Gemeindebundes NRW beurteilen mehr als zwei Drittel der befragten Kommunen ihre gegenwärtige Finanzlage als mangelhaft. Für die nächsten fünf Jahre erwarten sogar rund 85 Prozent eine mangelhafte Finanzsituation.

Das ist keine Ansammlung bedauerlicher Einzelfälle mehr. Das ist ein strukturelles Problem.

Wir spüren es auch hier vor Ort. Die Personal-, Energie- und Baukosten steigen. Notwendige Investitionen in Gebäude, Straßen und andere Infrastruktur schlagen

sich zusätzlich in Abschreibungen und Finanzierungskosten nieder. Und auch die Belastungen aus sozialen Leistungen, die wir mittelbar über Umlagen mitfinanzieren, wachsen.

Gleichzeitig ist bei uns ausgerechnet eine besonders wichtige Einnahme eingebrochen: die Gewerbesteuer. Im Vergleich zum Vorjahr liegen die Gewerbesteuererträge um fast 40 Prozent niedriger. Das bedeutet rund 7,4 Millionen Euro weniger für unseren Gemeindehaushalt. Und selbst wenn wir den Rekordwert des Jahres 2024 von 21,7 Millionen Euro noch einmal erreichen würden, wäre damit der aktuelle Haushalt nicht ausgeglichen.

Allein dieser Vergleich zeigt: Wir haben nicht nur ein vorübergehendes Einnahmeloch. Wir müssen uns mit dauerhaft veränderten finanziellen Rahmenbedingungen auseinandersetzen.

Meine Damen und Herren,

in einer solchen Lage wäre es zu einfach, immer nur nach Berlin oder Düsseldorf zu zeigen. Es wäre aber ebenso falsch, so zu tun, als könnten wir dieses Problem allein durch ein paar Einsparungen hier im Rathaus lösen.

Ein Grundsatz muss wieder stärker gelten: Wer bestellt, bezahlt. Wenn Bund oder Land neue Aufgaben und Standards schaffen, müssen sie auch für eine angemessene Finanzierung sorgen. Sonst wird aus einer gut gemeinten politischen Entscheidung eine Rechnung, die am Ende in den Rathäusern ankommt. Das sogenannte Konnexitätsprinzip steht vielfach leider nur auf dem Papier.

Gerade bei Leistungen nach Sozialgesetzen des Bundes, insbesondere bei der Kinder- und Jugendhilfe, der Eingliederungshilfe und der Hilfe zur Pflege stehen die Kommunen vor einer schwierigen Entwicklung. Es geht dabei um wichtige Leistungen für Menschen, die Unterstützung brauchen. An ihrer Notwendigkeit will ich ausdrücklich keinen Zweifel lassen. Aber eine Gesellschaft muss diese Leistungen so organisieren und finanzieren, dass ihre Städte und Gemeinden daran nicht finanziell zerbrechen.

Und wir müssen bei der Bewertung fair bleiben: Nicht jeder Kostenanstieg geht allein auf ein neues Bundesgesetz zurück. Auch demografische Entwicklungen, steigende Fallzahlen, Tarifabschlüsse und höhere Leistungskosten spielen eine Rolle. Umso dringlicher brauchen wir eine tragfähige, gemeinsame Lösung.

Zur Fairness gehört deshalb auch, anzuerkennen, was in Nordrhein-Westfalen bereits auf den Weg gebracht wurde. Die Landesregierung unter Ministerpräsident Hendrik Wüst hat wichtige Schritte unternommen, um die kommunale Ebene zu stärken. Ich nenne zwei Dinge:

1. Für den Gemeindefinanzausgleich 2027 sieht das Land vor, den Verbundsatz, also den Anteil der Kommunen an den Gemeinschaftssteuern, von 23 auf 23,5 Prozent zu erhöhen. Das macht rechnerisch rund 360 Millionen Euro aus; die tatsächlich verteilbare Finanzausgleichsmasse steigt gegenüber 2026 um rund 290 Millionen Euro auf gut 17 Milliarden Euro. Und

2. ist die gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden angestoßene Modernisierungsagenda ein richtiger Ansatz. Weniger unnötige Berichtspflichten, einfachere Verfahren, mehr digitale Abläufe und mehr Entscheidungsspielräume vor Ort – das klingt vielleicht weniger spektakulär als eine Milliardensumme. Für den Alltag einer Verwaltung kann es aber sehr viel bewirken, wenn aus den angekündigten Reformen konkrete Entlastungen werden.

Ich sage deshalb ausdrücklich: Das Land hat die Not der Kommunen gehört, erkannt und auch gehandelt. Gleichwohl gibt es von mir persönlich auch durchaus Kritik an politischen Entscheidungen in Düsseldorf und noch viel mehr in Berlin. Zum einen war ich nie ein Freund der Altschuldenhilfe von fast 9 Milliarden Euro in NRW. Hier wird nicht kritisch genug hinterfragt, wie viel Verantwortung die hoch verschuldeten Kommunen selbst für ihre Misere tragen. Im Ruhrgebiet gibt es zum Beispiel die größte Dichte an Konzertsälen auf der ganzen Welt. Einige Kommunen stehen regelmäßig im Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler. Muss man diesen Kommunen unbedingt Altschulden erlassen, obwohl sie nachweislich über ihre Verhältnisse gelebt haben?

Und bei allem Wohlwollen des Landes im GFG 2027: Die Maßnahmen reichen bislang nicht aus, um die Dynamik der Aufgaben aufzufangen.

Das lässt sich an zwei Zahlen verdeutlichen. Die Erhöhung des Verbundsatzes bewirkt rechnerisch rund 360 Millionen Euro in ganz NRW. Gleichzeitig wird für 2027 ein Anstieg der Landschaftsverbandsumlagen um rund 750 Millionen Euro prognostiziert. Diese Zahlen zeigen die Größenordnung des Problems: Entlastung auf der einen Seite wird von neuen Belastungen auf der anderen Seite mehr als aufgezehrt.

Der wesentliche Handlungsauftrag liegt hier aber beim Bund. Sozialleistungen wie die Eingliederungshilfe, die Hilfe zur Pflege und die Kinder- und Jugendhilfe werden maßgeblich bundesrechtlich ausgestaltet. Die Ausgaben werden zu einem erheblichen Teil direkt oder indirekt von den Kommunen getragen – insbesondere über die Kreis- und Landschaftsverbandsumlagen. Die bislang auf Bundesebene eingeleiteten Entlastungsmaßnahmen bleiben hinter dem zurück, was angesichts der dramatischen Finanzlage der Kommunen erforderlich ist. Entscheidend ist deshalb, dass der Bund seiner Verantwortung gerecht wird und die Reformen entschlossen angeht. Die Koalitionspartner in Berlin sollten wissen: Man kann es nie allen recht machen. Es ist aber höchste Zeit zu handeln.

Meine Damen und Herren,

bei aller notwendigen Kritik und bei allen Forderungen nach außen haben wir unsere eigenen Hausaufgaben zu machen. Und wir haben damit nicht erst heute begonnen.

Seit Mai 2026 gilt eine Haushaltssperre. Im Sommer haben wir eine umfassende Konsolidierungsstrategie auf den Weg gebracht. Für 2026 sind darin Einsparungen und Einschränkungen von rund 2,6 Millionen Euro vorgesehen. Gespart wird unter anderem in der Verwaltung, bei der Gebäudeunterhaltung, bei Budgets für Schulen, Sport und Kultur und durch das Verschieben von Maßnahmen an der Infrastruktur.

Besonders schmerzhaft sind die Einschnitte bei den Vereinen und im Ehrenamt. Laufende Förderungen wurden gekürzt; investive Vereinsförderung wurde für 2026 ausgesetzt. Wer weiß, wie viel Engagement in unseren Dörfern steckt, weiß auch: Solche Entscheidungen trifft man nicht leichtfertig. Gerade deshalb möchte ich den vielen ehrenamtlich Tätigen für ihr Verständnis und ihren Einsatz danken.

Aber die Wahrheit ist auch: Selbst diese erheblichen Einschnitte reichen nicht aus. Der für 2026 zunächst ermittelte zusätzliche Konsolidierungsbedarf konnte mit den vorgesehenen Maßnahmen rechnerisch nur zu rund 62 Prozent gedeckt werden.

Und deshalb müssen wir im Haushalt 2027 auch über die Einnahmeseite sprechen. Niemand in diesem Saal wird gern höhere Steuern beschließen. Ich schon gar nicht. Und ich weiß sehr wohl, dass jede Erhöhung für die Bürgerinnen und Bürger und für unsere Unternehmen eine tatsächliche Mehrbelastung bedeutet. Aber ich habe bereits im letzten Jahr darauf hingewiesen, dass wir perspektivisch nicht an Konsolidierungsmaßnahmen auf der Ertragsseite in Form von Hebesatzanpassungen bei den Realsteuern herumkommen werden.

Insofern hatten der Kämmerer und ich zunächst gemeinsam vorgeschlagen, die Grundsteuer B von bisher 469 auf 600 Hebesatzpunkte und die Gewerbesteuer von 423 auf 460 Hebesatzpunkte anzuheben. So stand es jedenfalls in der Sitzungsvorlage. Sie wissen, dass wir dem Haupt- und Finanzausschuss am Montag eine erfreuliche Korrektur vorschlagen konnten. Die vor wenigen Tagen vom Landrat des Kreises angekündigten Verbesserungen bei der Kreisumlage in Höhe von rund 1 Million Euro wollen wir in voller Summe an die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler weiterreichen und zur Entlastung einsetzen. Aus diesem Grund haben wir vorgeschlagen, die Hebesätze in diesem Jahr in einem ersten Schritt etwas moderater anzupassen, als das in der Sitzungsvorlage vorgesehen war. Das würde eine Erhöhung des Hebesatzes für die Grundsteuer B von 469 auf 526 Hebesatzpunkte und eine Erhöhung der Gewerbesteuer von 423 auf 440 Hebesatzpunkte bedeuten.

Gleichwohl sind die verbliebenen Steigerungen um 12 Prozent bei der Grundsteuer und um 4 Prozent bei der Gewerbesteuer schmerzhafte Schritte. Der Haupt- und Finanzausschuss hat sie bereits einstimmig beschlossen, und ich werbe hier auch um entsprechende Zustimmung gleich im Gemeinderat. Der Öffentlichkeit und den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern möchte ich kurz und knapp – vor allem aber transparent – erklären, was uns zu diesem Vorschlag bewogen hat:

Zunächst: Wir haben nicht einfach die Einnahmen erhöht, bevor wir über das Sparen gesprochen haben. Stichwort: Haushaltssperre und konsequenter Sparkurs. Auch künftig gilt: Jede Ausgabe muss auf den Prüfstand. Steueranpassungen sind kein Ersatz für Haushaltsdisziplin, sondern ein zusätzlicher Baustein.

Bei der Grundsteuer B entspricht der Vorschlag einer Hebesatzanhebung um 57 Punkte. Das klingt abstrakt. Ein Beispiel, das dem Durchschnitt in etwa entsprechen dürfte, macht es greifbarer: Bei einem Grundstück, für das bislang jährlich 300 Euro Grundsteuer anfielen, würde die Belastung bei unverändertem Messbetrag auf rund 336 Euro steigen. Das wären etwa 36 Euro mehr im Jahr oder drei Euro im Monat. Für andere Grundstücke können die Beträge erheblich anders ausfallen – besonders durch die Wirkungen der Grundsteuerreform.

Auch 36 oder vielleicht sogar 50 Euro im Jahr sind für manche Haushalte nicht wenig. Das dürfen wir nicht kleinreden. Wir können aber erklären, wie wir zu diesem Vorschlag gekommen sind: Der ursprünglich vorgesehene Hebesatz von 600 hätte unter dem für 2027 angesetzten fiktiven Hebesatz des Landes von 644 gelegen und nach den vorliegenden Vergleichszahlen auch unter dem regionalen Median für Wohngrundstücke. Das war unser Ziel. Dank der Reduzierung der Kreisumlage liegen wir jetzt sogar sehr deutlich unter dem Durchschnitt unserer Nachbarkommunen.

Bei der Gewerbesteuer schlagen wir eine Erhöhung um 17 Punkte von 423 auf 440 vor. Das entspricht rund 4 Prozent. Auch hier bleibt die Gemeinde Wenden nach den vorliegenden Vergleichsdaten deutlich unter dem regionalen Durchschnitt. Das ist uns wichtig. Unsere Unternehmen sichern Arbeitsplätze, bilden junge Menschen aus und tragen wesentlich zum Leben in unserer Gemeinde bei. Gerade in einer wirtschaftlich angespannten Phase wollen wir ihre Investitionskraft nicht unnötig schwächen. Das Wendener Land soll weiterhin ein attraktiver Standort für Unternehmen sein.

Auch deshalb fällt die Gewerbesteueranhebung bewusst moderater aus. Und wir dürfen nicht vergessen: Die Betriebe tragen bereits über die Grundsteuer B erheblich zum Steueraufkommen bei. Nach der vorliegenden Berechnung entfallen ca. 20 Prozent der Grundsteuer B auf gewerbliche Grundstücke. Vergleicht man also die Mehrbelastungen in absoluten Eurobeträgen, dann tragen die Gewerbebetriebe in etwa 550.000 Euro und die Wohngrundstücke ca. 256.000 Euro.

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich sagen: Diese beiden Steuererhöhungen sind äußerst schmerzhaft. Aber sie sind ein Beitrag zur Stabilisierung unseres Haushalts – und Teil einer gemeinsamen Verantwortung.

Eine verantwortliche Politik darf heute nicht alles verbrauchen und die Rechnung morgen unseren Kindern und Enkeln überlassen. Wenn wir unsere Schulen, unsere Feuerwehr, unsere Straßen und unsere gemeindliche Infrastruktur erhalten und weiterentwickeln wollen, brauchen wir dafür eine verlässliche finanzielle Grundlage.

Dabei dürfen wir auch den Kreis Olpe nicht aus dem Blick verlieren. Die Kreisumlage belastet unsere Gemeinde erheblich. Selbstverständlich erwarten wir auch dort, dass jede Ausgabe kritisch geprüft und das finanziell Vertretbare getan wird. Konsolidierung darf nicht nur eine Forderung sein, die man an die jeweils andere Ebene richtet.

Meine Damen und Herren,

ich wünsche mir für die kommenden Haushaltsberatungen eine Debatte mit klaren Positionen. Wer sparen will, muss sagen, wo. Und wer zusätzliche Leistungen fordert, muss auch die dauerhaften Kosten im Blick behalten.

Wir werden in den Beratungen sicherlich unterschiedliche Vorstellungen haben. Das gehört zur Demokratie. Uns verbindet aber hoffentlich ein gemeinsames Ziel: Das Wendener Land soll auch künftig eine lebenswerte, leistungsfähige und selbstbestimmte Gemeinde bleiben.

Wir können nicht über jede Entwicklung in Berlin, Düsseldorf oder beim Kreis entscheiden. Aber wir können darüber entscheiden, wie ehrlich wir hier vor Ort mit unserer Lage umgehen, wie sorgfältig wir Prioritäten setzen und ob wir die Verantwortung gemeinsam tragen.

Ich bin überzeugt: Unsere Gemeinde ist stark genug für diesen Weg. Wir haben schon häufiger bewiesen, dass wir auch schwierige Aufgaben mit Zusammenhalt, Pragmatismus und Augenmaß bewältigen können.

Zum Schluss danke ich ganz herzlich unserem Kämmerer Thomas Munschek und allen Kolleginnen und Kollegen der Kämmerei, die diesen Haushaltsentwurf mit großer Sorgfalt erarbeitet haben. Mein Dank gilt ebenso allen Betroffenen innerhalb und außerhalb der Verwaltung, die die notwendigen Einsparungen im Alltag bisher mitgetragen und weiterhin mittragen.

Ich wünsche Ihnen, liebe Ratsmitglieder, sachliche, konstruktive und erfolgreiche Haushaltsberatungen. Lassen Sie uns um die besten Lösungen ringen – nicht für die nächste Schlagzeile, sondern für die Zukunft unserer Gemeinde Wenden.

Vielen Dank!